

**Plenardebattenausschnitt**  
**Stenographischer Bericht der 21. Sitzung**  
**Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):**  
**Aktuelle Stunde am Mittwoch, 29. Januar 2003**  
**„Haltung der Bundesregierung zu den Auswirkungen ihrer**  
**Steuererhöhungspolitik auf die kommunalen Finanzen“**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die katastrophale Situation der Kommunen ist hinlänglich bekannt, allerdings nicht der SPD, wie ich soeben gehört habe. Es ist ein wahres Vergnügen, zu hören, dass Frau Scheel und Frau Andreae immerhin bestätigen, dass es den Kommunen schlecht geht und dass sie am finanziellen Abgrund stehen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So vergnüglich ist das wohl nicht!)

Ich bin allerdings erstaunt, wie beratungsresistent Sie sind, wenn es darum geht, den Kommunen Hilfe zu leisten. Da fordert heute in der Zeitschrift „Impulse“ das SPD-Mitglied Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes:

(Bernd Scheelen [SPD]: Er ist Vizepräsident!)

Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Bund und Land müssen sofort eine Rettungsaktion für die Kommunen starten. Da fordern alle kommunalen Spitzenverbände und all diejenigen, die Ahnung von Kommunalfinanzen haben, die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage, weil – das hat Herr Bernhardt sehr deutlich gesagt – die Geschäftsgrundlage entfallen ist. Doch Hans Eichel und die rot-grüne Koalition lehnen nach wie vor die Reduzierung dieser Gewerbesteuerumlage

---

ab. Das ist und bleibt skandalös.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Scheelen, es gibt nun das neue – ich will es von vornherein richtig bezeichnen – Steuererhöhungsprogramm.

(Bernd Scheelen [SPD]: Subventionsabbau!)

Dieses Steuererhöhungsprogramm gibt den Kommunen Grunde den entscheidenden Stoß für den Schritt in den Abgrund. Sie treffen nämlich mit diesen Maßnahmen die Wirtschaft mitten ins Herz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie sind bei der Anhörung am 15. Januar dabei gewesen. Ich will einmal den exotischen Professor ausklammern und nur die Aussagen der anderen anwesenden Sachverständigen betrachten. Über 90 Prozent der Experten waren der Meinung, dass dieses Gesetespaket von Ihnen zurückgezogen werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Ab in die Tonne!)

In diesem Paket sind beispielsweise die Mindestbesteuerung,

(Bernd Scheelen [SPD]: Das haben Sie doch selbst gefordert!)

die Verschlechterung im Wohnungsbau und im Immobilienbereich sowie die Neidsteuer für Dienstwagenbesitzer enthalten. All dieses beschleunigt den konjunkturellen Abschwung und wird dazu führen, dass die Kommunen eben nicht mehr Geld, sondern wegen des Ausfalls der Ertragsteuern noch weniger Geld in der Kasse haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie versprechen allen Kommunen in Deutschland im Rahmen dieses Steuererhöhungsprogramms für 2003 einen Anteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 30 Millionen Euro. Aber das Verbraucherverhalten und der Schaden für Handel und Landwirtschaft finden in Ihrer statischen und fiskalischen Betrachtung keinerlei Berücksichtigung. An dieser Stelle ein Hinweis: Diese 30 Millionen Euro reichen gerade aus, um in meinem Wahlkreis, einem ländlichen Bezirk, die laufenden Defizite in den Verwaltungshaushalten auszugleichen. Minister Stolpe fordert jetzt ein, wie er es nennt, Sonderinvestitionsprogramm für besonders belastete Städte. Welche Städte sind denn nicht besonders belastet? Ich empfehle Ihnen: Halten Sie sich an Ihr Regierungsprogramm! Auf Seite 22 schreiben Sie, dass Sie erstens die Finanzkräfte der Kommunen insgesamt stärken wollen und dass Sie zweitens wegen der Aufgabenverlagerung auf die Kommunen einen Finanzausgleich schaffen wollen. Das ist also, wie wir es nennen, die Verwirklichung des Konnexitätsprinzips. Warum halten Sie sich nicht an Ihr eigenes Programm? Was tun Sie? Sie setzen eine Regierungskommission – der Kollege Kolbe hat es gerade schon gesagt – zur Reform des Gemeindefinanzsystems ein. Nach vier Jahren Ankündigung schaffen Sie es endlich, im Mai 2002 die konstituierende Sitzung einzuberufen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Tolle Leistung!)

Die Kommission hat seitdem einmal getagt. In der Kommission sollen die Kommunalsteuern sowie die Arbeitslosen- und Sozialhilfe behandelt werden. Aber warum werden andere wesentliche Bereiche ausgeschlossen? Die Aufgabenverlagerung und die Kostenverlagerung auf die Kommunen werden nicht diskutiert.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gar nicht wahr! Jede Maßnahme wird mit den Ländern diskutiert!)

Das in Ihrem Regierungsprogramm proklamierte Konnexitätsprinzip findet keine Anwendung.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch!)

Zweitens. Ausgeschlossen von der Diskussion wird der Abbau der Mischfinanzierung. Drittens. Ausgeschlossen wird eine Verschiebung der Finanzen zwischen den Ebenen Bund, Länder und Kommunen. Das hat für die Kommunen eine sehr große Bedeutung, weil – viertens – die Lösungen für das voluminöse Anwachsen der Kosten und der sozialen Aufgaben ausgeschlossen sind. Bei den sozialen Aufgaben handelt es sich beispielsweise um Eingliederungshilfen für Behinderte, Hilfen zum Lebensunterhalt oder Hilfe zur Pflege sowie Pflegegeld. Dort, wo die Kosten bei den Kommunen aufgrund der demographischen Entwicklung besonders dynamisch steigen, finden sie keinerlei Unterstützung bei der Bundesregierung.

(Simone Viola [SPD]: Weil die Länder nichts tun!)

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Poß, ist nicht mehr anwesend. In den letzten Tagen wurde er in mehreren Zeitungen dahin gehend zitiert, dass strukturelle Korrekturen und keine Lastenverschiebungen notwendig seien. Hören Sie doch endlich auf, die Lasten auf die Kommunen zu verschieben!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nehmen wir das Beispiel der Grundsicherung im Rentensystem. Was haben die Kommunen mit der Rente zu tun? In meinem Heimatkreis sind die Belastungen durch die Grundsicherung höher als alle freiwilligen Ausgaben des Kreises zusammen.

(Bernd Scheelen [SPD]: Da liefern wir das Geld doch mit! Das wissen Sie doch! Was Sie sagen, ist doch gelogen!

– Gegenruf des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP]: Kommen Sie einmal vorbei!)

Frau Andreae, wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Sie nutzen die Kommunen aus. Damit gehen Sie an die Wurzel der Demokratie und zerstören ein Stück Demokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn das Finanzministerium für drei Tage schließt, wirkt sich das auf die Bürger nicht aus. Das merkt keiner. Wenn aber in einer Gemeinde für drei Tage die Verwaltung, die Schulen, die Kindergärten, die Müllabfuhr oder der öffentliche Personennahverkehr nicht arbeiten, bricht das öffentliche Leben zusammen. Ihre Taten sind weit entfernt von Ihren Ankündigungen und Programmen. Auch die heute erwähnten guten Vorsätze bringen nichts. Es gibt alle guten Vorsätze; Sie brauchen sie nur noch anzuwenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)